

DIE TREIBENDE KRAFT: DIE CDU MUSS IHR KONZEPT DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT NEU DEFINIEREN UND PROPAGIEREN

(AUSZUG)

Franz Schoser

Die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit war einer der ganz großen Erfolge der Christlich-Demokratischen Union. Von den damaligen Weichenstellungen zehrt die Bundesrepublik Deutschland noch heute. Die wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen jener Zeit fußten auf dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leitbild vermochte es, die produktiven Kräfte der Deutschen zu wecken und auf den Wiederaufbau zu lenken. Die Soziale Marktwirtschaft sollte ein pragmatischer Ansatz sein, um durch die Freisetzung unternehmerischer Initiative die Bevölkerung rasch mit dem Notwendigsten versorgen zu können. Der erste Bewährungstest dieser neuen Konzeption war nicht ohne Risiko. Der Erfolg gab den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft Recht.

Die ordnungspolitischen Grundsätze wurden maßgeblich von Alfred Müller-Armack bestimmt, der über seine Zusammenarbeit mit Bundeswirtschaftsminister Erhard erheblichen Einfluss auf die marktwirtschaftlichen Reformen hatte. Er

prägte den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft. Dieser Begriff sah sich später häufig dem Vorwurf ausgesetzt, es handele sich um ein leeres Schlagwort. In Wirklichkeit ist er nur ein Beleg für die Kraft des richtig gewählten Wortes. Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft trug nicht unerheblich zu den Wahlerfolgen der CDU in der Nachkriegszeit bei: Den Unternehmern versprach er Gestaltungsspielräume und ordnungspolitische Deckung für Investition und Gewinn. Den Arbeitnehmern vermittelte er eine angemessene Beteiligung an den von der Marktwirtschaft hervorgebrachten Wohlstandszuwächsen.

Bekanntlich besteht der Kern des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft darin, die Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Das Prinzip des Wettbewerbs steht im Vordergrund der Konzeption; dennoch ist sie eine Absage an einen „Kapitalismus pur“. Die Soziale Marktwirtschaft baut auf den Grundlagen des Liberalismus auf und weist dem Staat eine durchaus aktive Rolle zu, nämlich bei der Aufrechterhaltung des Wettbewerbes. Durch seine Wirtschaftspolitik soll der Staat Konzentrationstendenzen entgegenwirken und eine Vermachtung der Wirtschaft verhindern.

Ein zweites gesellschaftspolitisches Merkmal tritt hinzu. Die Soziale Marktwirtschaft ist auch der Versuch, konkurrierende Gesellschaftsschichten und Weltanschauungen in einer integrierenden Ordnung miteinander zu versöhnen. Dies ist auch die Position der CDU selbst. Die Folgerungen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Nachkriegszeit lauteten: Leistungswettbewerb und sozialer Schutz, individuelle Freiheit und Verantwortung, Selbstinteresse und Marktkontrolle. All das begründet die Rollenverteilung in unserer pluralistischen Gesellschaft und beschreibt die Freiheiten, die Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder.

GRUNDSATZENTSCHEIDUNGEN

In den ersten zehn bis fünfzehn Jahren nach Gründung der Bundesrepublik wurde die Wirtschaftspolitik der CDU-geführten Bundesregierung dem Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft sicherlich gerecht. Blicken wir einmal auf die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen jener Jahre zurück: Die Währungsreform und die mutige Freigabe der Preise 1948 schafften die Basis für eines der wichtigsten Identifikationssymbole Nachkriegsdeutschlands: die Deutsche Mark. Danach: der Aufbau eines Leistung fördernden Steuersystems und Abschreibungserleichterungen,

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetz 1949 beziehungsweise 1952, Einführung der dynamischen, bruttolohnbezogenen Rente und Verabschiedung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), des „Grundgesetzes der Sozialen Marktwirtschaft“ im Jahre 1957. Ludwig Erhard hielt ein striktes Kartellverbot für den richtigen Weg. Das GWB war im damaligen Meinungsbildungsprozess von Teilen der Wirtschaft jedoch hart umkämpft und verlor im Widerstreit der Interessengruppen einige seiner Zähne. Das ursprünglich geplante Kartellverbot mit nur drei Ausnahmen wurde in eines mit elf Ausnahmen verändert. Dennoch setzte das GWB Zeichen: für eine Gesellschaft des freien Marktzugangs, für eine unternehmerische Mittelstandsgesellschaft, die das Individuum nicht zur abhängigen Mitarbeit in anonymen Großorganisationen zwingt. Im Jahr 1958 folgte die Konvertibilität der D-Mark und 1961 schließlich mit dem Außenwirtschaftsgesetz der Übergang zu vollen marktwirtschaftlichen Regeln auch im außenwirtschaftlichen Verkehr. Erst auf der Basis dieser Rahmenbedingungen konnte sich in Deutschland ein leistungsfähiger Mittelstand herausbilden – und dies war auch politisch gewollt.

Die Erfolge ließen nicht auf sich warten. Die Wirtschaft gewann schnell ihre internationale Anerkennung zurück. Davon profitierten auch die Arbeitnehmer. Noch 1950 hatte es eine Arbeitslosenrate von 10,5 Prozent gegeben, 1960 herrschte praktisch Vollbeschäftigung; 1950 bis 1960 gab es ein Wachstum von real acht Prozent pro Jahr bei rundweg stabilen Preisen; schon ab 1952 hatte die Bundesrepublik Deutschland eine aktive Außenhandelsbilanz. Mit der Deutschen Mark war eine Stabilitätswährung geschaffen worden.

Es soll jedoch ebenfalls nicht unerwähnt bleiben, dass sich die CDU nicht von Anbeginn mit der Sozialen Marktwirtschaft leicht getan hat. Es ist in erster Linie der Durchsetzungsfähigkeit und Überzeugungskraft Ludwig Erhards zu verdanken, dass sich die CDU für das System der Sozialen Marktwirtschaft entschied. Das Ahlener Programm der CDU von 1947 war noch von zahlreichen sozialistischen Ideen geprägt. Der zunächst parteilose Ludwig Erhard hatte es nicht leicht, die CDU von seinen Vorstellungen zu überzeugen. Er war kein Parteipolitiker im herkömmlichen Sinne, sondern ein Idealist, dessen Charisma aus dem Glauben an die Richtigkeit seiner Ideen erwuchs. Die Lehre aus dem Erfolg Erhards lautet, dass auch Newcomern der Weg zur politischen Verantwortung in der CDU offen stehen sollte. Zum wirtschaftspolitischen Programm wurde der Titel

des Buches *Wohlstand für alle*, das Ludwig Erhard für den Bundestagswahlkampf 1957 geschrieben hatte. In dem Buch belegt Erhard, dass die marktwirtschaftliche Transformation der ersten Nachkriegsjahre gelungen ist und die Akzeptanz des neuen Leitbildes nicht mehr nur Anspruch ist, sondern bereits umgesetzt werden konnte. Nahezu alle Bevölkerungsschichten waren nun in der Lage, am deutlich gestiegenen Wohlstand zu partizipieren. Auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft waren gleichzeitig jene Überschüsse erwirtschaftet worden, die ein Mindestmaß an Umverteilung für die Schwachen ermöglichten. Zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft gehörten auch staatliche Aktivität und Umverteilung. Seit den Tagen Ludwig Erhards kreist die wirtschaftspolitische Diskussion immer wieder um die Frage, wie weit staatliche Eingriffe gehen dürfen. Die Sozialdemokratie hat den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft nach der Wende im Godesberger Programm von 1959 in ihren Regierungsjahren vereinnahmt und damit nahezu jede staatliche Intervention gerechtfertigt. Die CDU hat sich Begriffe und Inhalte der Sozialen Marktwirtschaft zu leicht abnehmen lassen. Schließlich ist sie die Partei, die in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft stand und auch weiterhin stehen soll. Es wird für die zukünftigen Erfolge der Christlich-Demokratischen Union entscheidend sein, ob es ihr gelingt, Begriff und Inhalte der Sozialen Marktwirtschaft für sich zurückzugewinnen.

Was sind die aktuellen Herausforderungen an die CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft?

NEUJUSTIERUNG ERFORDERLICH

Mit Blick auf die zukünftigen Entwicklungen stellen jedoch vor allem ausländische Beobachter verstärkt die Frage, ob das „alte“ Konzept der Sozialen Marktwirtschaft noch die angemessene Wirtschaftsordnung ist für eine *New Economy* mit ihren großen Herausforderungen. Richtig ist in jedem Fall, dass die Soziale Marktwirtschaft einer Neujustierung bedarf. Die Politik der Umverteilung von den „nicht ganz Reichen zu den nicht ganz Armen“ hat bereits seit Beginn der siebziger Jahre die Innovation fördernde Risikobereitschaft vermindert und den Strukturwandel gebremst. Die hohe Staatsquote ist das statistische Konzentrat dieser Tendenz – weg vom Individuum hin zum Staat. Dieser Trend hat sich in den achtziger Jahren nicht entscheidend umgekehrt. Auch nach der Wiedervereinigung fand die Politik nicht den Mut zu grundlegenden Reformen – vor allem in der Sozialpolitik.

Jetzt drängt die Zeit. Die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln haben sich stark verändert: Die weltweite Mobilität des Kapitals und in immer stärkerem Maße auch die internationale Mobilität qualifizierter Arbeitskräfte sind Ausdruck dieser Veränderungen. Die Möglichkeiten der weltweiten Integration von Produktionsabläufen, die uns die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien beschert haben, beschleunigen diesen Wandel. Weder unsere Arbeitsmarktordnung und unsere sozialen Sicherungssysteme noch das Steuersystem hat die Politik bislang diesen Veränderungen angepasst.

Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe der CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, mutige Neuorientierungen vorzunehmen, um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft zu sichern. Die Aufgabe der Volkspartei CDU erschöpft sich dabei jedoch nicht in der Vorlage solcher Reformvorschläge. Die CDU kann Wahlen mit solchen Konzeptionen nur gewinnen, wenn sie die Bevölkerung zum einen von der Notwendigkeit dieser Reformen und zum anderen von der Vorteilhaftigkeit einer Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt. Entscheidend ist dabei die Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger. Die CDU muss Vorstellungen entgegenreten, den schnellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen müsse die Politik mit mehr staatlicher Regulierung und Kontrolle begegnen. Notwendig ist stattdessen eine stärkere Betonung der Individualität. Die CDU braucht ein bewusstes Ja zu lange Zeit verpönten Begriffen – zur Leistung, zur Elite, zur persönlichen Verantwortung und zum unternehmerischen Risiko. Wir müssen weg von der lange Zeit vorherrschenden „Anspruchskultur ohne Risiko“ hin zu einer „Leistungskultur mit sozialer Sicherung“.

ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES

Aus Sicht der Wirtschaft ist das Gelingen dieser Neuausrichtung von entscheidender Bedeutung: Denn die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die Wirtschaft vertraut darauf, dass die CDU als marktwirtschaftlich orientierte Partei die berechtigten Interessen der Unternehmen, vor allem der mittelständischen Unternehmen, in ihrer innerparteilichen Willensbildung berücksichtigt. Dabei ist es selbstverständlich, dass eine Volkspartei immer Kompromisse zwischen verschiedenen Strömungen suchen muss. Gerade auf diesem Wege kann jedoch die CDU in breiten Bevölkerungskreisen in besonderem Maße Verständ-

nis für wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten wecken. Eine Wirtschaftsorganisation wie der Deutsche Industrie und Handelstag kann das selbst in dieser Breite nicht erreichen – zum einen, weil ihr der direkte Zugang zu den Bürgern fehlt, zum anderen, weil der latente Vorwurf des unternehmerischen Eigeninteresses die Überzeugungsarbeit erschwert. Gleichzeitig braucht die Wirtschaft die Zustimmung der Bevölkerung zur Marktwirtschaft in Zeiten der Internet-Ökonomie dringender denn je. Denn die Soziale Marktwirtschaft wächst von unten.